

Diese elektronische Kopie des Prüfungsberichtes richtet sich - unbeschadet eines etwaigen, gesetzlich begründeten Rechts Dritter zum Empfang oder zur Einsichtnahme - ausschließlich an Organe des Unternehmens. Soweit nicht im Rahmen der Auftragsvereinbarung ausdrücklich erlaubt, ist eine Weitergabe an Dritte nicht gestattet.

30301/2025

B e r i c h t

über die Prüfung des Konzernabschlusses

zum 31. Dezember 2025

und des Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2025

der

Desmoid Aktiengesellschaft

Dägeling

Berichtsausfertigung Nr. 1

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	4
B. Grundsätzliche Feststellungen	5
Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter	5
C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	10
D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	15
I. Gegenstand der Prüfung	15
II. Art und Umfang der Prüfung	16
E. Feststellungen und Erläuterungen zur Konzernrechnungslegung	18
I. Grundlagen der Konzernrechnungslegung	18
1. Vorjahreskonzernabschluss	18
2. Konsolidierungskreis und Konzernabschlussstichtag	18
3. Ordnungsmäßigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse	18
4. Konsolidierungsgrundsätze	19
5. Konzernabschluss	19
6. Konzernlagebericht	20
II. Gesamtaussage des Konzernjahresabschlusses	20
1. Wesentliche Bewertungs- und Konsolidierungsgrundlagen	20
2. Zusammenfassende Beurteilung	20
F. Schlussbemerkung	21

Anlagen

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025	Anlage 1
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025	Anlage 2
Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2025	Anlage 3
Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung für das Geschäftsjahr 2025	Anlage 4
Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2025	Anlage 5
Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2025	Anlage 6
Rechtliche Verhältnisse	Anlage 7
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024	Anlage 8

A. Prüfungsauftrag

Auf der Hauptversammlung der

Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling

- im Folgenden auch kurz "Desmoid" oder "Gesellschaft" genannt -

am 14. August 2025 wurden wir zum Abschlussprüfer des Konzernabschlusses der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie des Konzernlageberichts für das Geschäftsjahr 2025 gewählt.

In Ausführung des uns vom Aufsichtsrat erteilten Auftrags haben wir den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellten Konzernabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 gemäß den §§ 316 ff. HGB unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Konzernbuchführung und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2025 geprüft.

Bei der Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes handelt es sich um eine gesetzliche Pflichtprüfung nach § 316 Abs. 1 HGB.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Bei der Erstellung des Prüfungsberichts haben wir die deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (Prüfungsstandard des Instituts der Wirtschaftsprüfer – IDW PS 450 n. F. (10.2021)) beachtet.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage 8 beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024" zugrunde.

Dieser Prüfungsbericht richtet sich an das geprüfte Unternehmen und wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber der Gesellschaft und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir nach der geltenden Rechtslage zu § 323 HGB keine Haftung übernehmen.

B. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Konzernabschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung des Konzerns durch die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Konzernlageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts gewonnen haben.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Zu den Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf im Konzernlagebericht der gesetzlichen Vertreter geben wir folgende Erläuterungen:

Die gesetzlichen Vertreter gehen einleitend auf die Grundlagen des Konzerns und das Unternehmensprofil ein. Zur Geschäftstätigkeit und Unternehmensstruktur wird aufgeführt, dass der Desmoid Konzern maßgeblich durch die wirtschaftliche Entwicklung der operativ tätigen Gesellschaften, G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG, der Pharmapol Arzneimittelvertrieb-GmbH sowie der Pohl-Boskamp Digital Health GmbH bestimmt wird. Der Konzern ist auf die Herstellung, den Vertrieb, den Import und Export von Pharmazeutika, Medizinprodukten, Kosmetika, chemischen Rohstoffen und Endprodukten spezialisiert.

Im Konzernabschluss der Desmoid Aktiengesellschaft werden die Konzernmutter und ihre Tochtergesellschaften G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG, Boskamp GmbH, Pharmapol Arzneimittelvertrieb-GmbH, Phatec Beteiligungsgesellschaft mbH sowie die Pohl-Boskamp Digital Health GmbH konsolidiert.

♦ *Wirtschaftliche Entwicklung und branchenspezifische Rahmenbedingungen 2025*

Das wirtschaftliche Umfeld war 2025 durch geopolitische Konflikte, zunehmende Handelshemmnisse und eine schwache Weltkonjunktur geprägt. Besonders die deutsche Industrie litt unter der protektionistischen US-Zollpolitik. Die Stahlproduktion sank um rund 9 %, die Automobilindustrie verzeichnete erneut Umsatzrückgänge sowie einen Beschäftigungsabbau.

Die deutsche Wirtschaft entwickelte sich insgesamt nur schwach. Das preisbereinigte BIP stieg 2025 lediglich um 0,2 % nach -0,5 % im Vorjahr. Strukturelle Probleme, rückläufige Exportmarktanteile und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit belasten weiterhin die Konjunktur. Für 2026 wird nur ein Wachstum von 0,8 %, für 2027 von 1,4 % erwartet.

Die pharmazeutische Industrie entwickelte sich dagegen robuster. Der Branchenumsatz stieg um 4,9 % auf 61,27 Mrd. EUR, getragen von Zuwächsen im In- und Auslandsgeschäft. Auch die Beschäftigtenzahl erhöhte sich auf 130.123 Personen.

Der für den Konzern relevante OTC-Markt war 2025 insgesamt rückläufig. Absatz und Umsatz rezeptfreier Arzneimittel sanken leicht. Positiv entwickelte sich jedoch der OTC-Versandhandel mit einem Umsatzplus von 6,3 %. Auch das relevante Segment Husten-, Erkältungs- und Atemwegspräparate wuchs um 6,0 %.

Insgesamt blieb die gesamtwirtschaftliche Lage schwach, während die pharmazeutische Industrie und insbesondere der OTC-Versandhandel stabile bis positive Rahmenbedingungen boten.

Ertragslage

- ♦ Umsatz liegt mit einem Rückgang von TEUR 3.805 um -2,3 % unter und der EBIT mit 15,4 % (Vorjahr: 14,9 %) über dem Vorjahresniveau

Die wichtigsten Leistungsindikatoren haben sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

in TEUR / Prozent	Definition	2025	2024
Umsatz	Umsatzerlöse	158.597	162.402
Umsatzwachstum	Prozentuales Wachstum der Umsatzerlöse	-2,3%	2,5%
Umsatzrendite	Umsätze	11,3%	11,1%
EBITDA	Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit vor Abschreibungen	30.234	30.826
EBIT	Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	24.423	24.143
EBIT-Marge	EBIT dividiert durch Umsatzerlöse	15,4%	14,9%
Jahresüberschuss	erzielter Überschuss im Geschäftsjahr	17.994	17.974
Free-Cashflow	Summe aus Cashflow aus operativer Tätigkeit, aus Investitionstätigkeit sowie aus Finanzierungstätigkeit	2.758	-158

Die Konzernumsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf TEUR 158.597, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von TEUR -3.805 (-2,3 %) entspricht. Die Märkte Erkältungs- und Antiparasitikapräparate wiesen im Geschäftsjahr rückläufige Absatzzahlen auf. Der Gesamtmarkt der Erkältungspräparate entwickelte sich nach dem ersten Quartal rückläufig bis zum Jahresende und schloss mit einem Rückgang von 13 % im Jahresvergelich ab. Nach der Markterholung in den Jahren 2023 und 2024, lag der Gesamtmarktabsatz der Anitparasitika 20 % unter dem Absatz des Vorjahres. Die Umsätze wurden zu 69 % (Vorjahr: 72 %) im Inland und zu 31 % (Vorjahr: 28 %) im Ausland erzielt.

Der Materialaufwand im Verhältnis zur Gesamtleistung betrug im Geschäftsjahr 17 % (Vorjahr: 19 %). Der Rückgang resultiert insbesondere aus positiven Preiseffekten sowie einem Rückgang margenschwacher Umsätze im sonstigen Ausland.

Der Personalaufwand stieg mit TEUR 53.543 (Vorjahr: TEUR 49.018) infolge zusätzlicher Neueinstellungen und verzeichnete damit einen Anstieg von 9,2 %.

Die Abschreibungen belaufen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 5.811 (Vorjahr: TEUR 6.683). Neben den Abschreibungen auf Sachanlagen wirken sich auf Konzernebene insbesondere die Abschreibungen der selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte in Höhe von TEUR 1.074 aus. Die Reduzierung der Abschreibungen resultiert aus Sondereffekten im Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich ebenfalls deutlich auf TEUR 53.028 (Vorjahr: TEUR 50.855), im Wesentlichen aufgrund gestiegener Betriebskosten sowie Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten.

Der Betriebsleistung von TEUR 155.520 (Vorjahr: TEUR 159.989) steht im Geschäftsjahr 2025 ein Betriebsaufwand von TEUR 139.961 (Vorjahr: TEUR 137.551) gegenüber.

Das erwirtschaftete EBIT erhöhte sich von TEUR 24.143 im Vorjahr um TEUR 280 auf nun TEUR 24.423.

Nach Abzug von Steuern und Zinsergebnis weist die Desmoid AG ein Konzernergebnis von TEUR 17.993 (Vorjahr: TEUR 17.974) aus.

Vermögens- und Finanzlage

♦ Rückgang des Free-Cashflow auf TEUR 2.758 und Anstieg der Eigenkapitalquote auf 93 %

Zum 31. Dezember 2025 besteht weiterhin eine sehr gute Liquiditätslage in Höhe von TEUR 49.016 (Vorjahr: TEUR 46.257). Sie basiert auf einem positiven Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 11.079 (Vorjahr: TEUR 11.326).

Aufgrund des positiven Konzernjahresergebnisses stieg das Eigenkapital zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 auf TEUR 153.289 (im Vorjahr TEUR 139.155). Die Eigenkapitalquote stieg auf 93 % an (Vorjahr: 92 %). Neben dem positiven Konzernergebnis haben Einstellungen in die Gewinnrücklagen zur Steigerung beigetragen.

Die Bilanzsumme des Konzerns beläuft sich auf TEUR 165.117 (Vorjahr: TEUR 151.744). Die langfristigen Vermögenswerte mit einem Anteil von 30,3 % beinhalten im Wesentlichen immaterielle Vermögensgegenstände (TEUR 8.782) und Sachanlagen (TEUR 40.516). Die immateriellen Vermögensgegenstände verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr infolge von Abschreibungen. Die Sachanlagen stiegen insbesondere aufgrund der Investitionen in die Abschlussarbeiten des seit 2024 im Bau befindlichen Verwaltungsgebäudes.

Das langfristig gebundene Vermögen wird vom Eigenkapital mit einem Anlagendeckungsgrad von 306,8 % (Vorjahr: 277,6 %) gedeckt.

Die kurzfristigen Vermögenswerte betragen TEUR 115.155 und beinhalten mit einem Volumen von TEUR 40.697 (Vorjahr: TEUR 30.571) die Vorräte des Konzerns. Die Kapitalbindung in den Vorräten erhöht sich zum Vorjahr auf 25 % des Gesamtvermögens. Aufgrund der bestehenden Bevorratungsstrategie, welche deutlich höhere Sicherheitsbestände vorsieht, sowie geringere Absätze im Geschäftsjahr, erhöhte sich das Vorratsvermögen des Konzerns.

Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Zu den Kernaussagen zur zukünftigen Entwicklung des Konzerns mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken im Konzernlagebericht der gesetzlichen Vertreter geben wir folgende Erläuterungen:

♦ Umsatzentwicklung weiter rückläufig und EBIT-Marge von rd. 7,5 % angestrebt

Die Umsatzentwicklung im Erkältungsmarkt scheint nach den starken Wachstumjahren die Entwicklung nicht aufrechtzuhalten und es ist ein Abwertstrend zu erkennen. Ursachen sind eine schwächere Erkältungswelle, steigende Preise sowie ein verändertes, stärker kostenbewusstes Kaufverhalten der Verbraucher. Vor diesem Hintergrund wird für das Geschäftsjahr 2026 mit weiterem Rückgang des Umsatzes gerechnet.

Trotz dessen bleibt der Konzern finanziell stabil und zahlungsfähig. Es wird ein weiterhin positiver Geschäftsverlauf mit reduzierter Rendite und einer EBIT-Marge von etwa 7,5 % erwartet. Wachstumsimpulse sollen insbesondere durch Investitionen in digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) entstehen.

Die Finanzierung ist durch eine solide Eigenkapitalbasis und verfügbare Kreditlinien gesichert. Eine gute Liquiditätssteuerung über Cash-Management-Tools und Termingeldanlagen sichert die Zahlungsfähigkeit.

♦ Chancen und Risiken

Risiken sehen die gesetzlichen Vertreter insbesondere in einem erhöhten Forderungsausfallrisiko im Apothekenmarkt, in geopolitischen Handelsstörungen, regulatorischen Eingriffen wie der EU-Abwasserrichtlinie, Erschließung des Medizinproduktemarktes durch Drogerieketten, sowie im Bereich IT-Sicherheit. Hierzu wurden Maßnahmen wie die Umsetzung von NIS-2 und eine ISO 27001-Zertifizierung eingeleitet.

Chancen sieht der Vorstand in regulatorischen und politischen Initiativen wie dem Lieferengpassbekämpfungsgesetz von 2023, da es Maßnahmen zur Versorgungssicherung im Gesundheitssystem vorsieht, sowie aus dem Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen, das digitale Versorgungslösungen stärkt. Weitere Potenziale liegen in der europäischen Förderung resilienter Lieferketten (Critical Medicine Act) sowie in der geplanten Überarbeitung der Medical Device Regulation, die zu regulatorischen Entlastungen führen kann.

Weitere Potenziale liegen in der europäischen Förderung resilienter Lieferketten (Critical Medicine Act) sowie in der geplanten Überarbeitung der Medical Device Regulation, die zu regulatorischen Entlastungen führen kann. Strategisch setzt der Konzern weiterhin auf den Ausbau des DiGA-Geschäfts, um zusätzliche Wachstumsfelder zu erschließen und die Diversifikation zu stärken.

Zudem bietet das implementierte ERP-System mit integrierter Business-Intelligence-Software die Möglichkeit, Produktions- und Unternehmensprozesse datenbasiert zu analysieren und dadurch die Effizienz und Auslastung weiter zu steigern.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Darstellung und Beurteilung der Lage des Konzerns im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht durch die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen plausibel und folgerichtig abgeleitet ist. Die Darstellung der Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Lagebeurteilung durch den Vorstand dem Umfang nach für angemessen und inhaltlich zutreffend.

C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Wir haben dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 und dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2025 der Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling, unter dem Datum vom 9. Juli 2026 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling:

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling, - bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Konzernjahresabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und, ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen."

D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

I. Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren der nach den Vorschriften der §§ 290 ff. HGB aufgestellte Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025, bestehend aus Konzernbilanz, Konzerngewinn- und Verlustrechnung, Konzernanhang, Konzerneigenkapitalspiegel, Konzernkapitalflussrechnung und sowie der nach § 315 HGB aufgestellte Konzernlagebericht für dieses Geschäftsjahr. Unsere Aufgabe war es, diese Unterlagen einer Prüfung dahingehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Konzernrechnungslegung beachtet worden sind. Die Prüfung erstreckte sich insbesondere auf die Abgrenzung des Konsolidierungskreises, die Ordnungsmäßigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse, die Ordnungsmäßigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen sowie der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze.

Den Konzernlagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Konzernabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zutreffend dargestellt ist.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir innerhalb der Konsolidierungsrechnung insbesondere die Überleitung der Einzelabschlüsse der zum Konzernkreis gehörenden Unternehmen zum Konzernabschluss sowie die Konsolidierungsbuchungen nachvollzogen.

Die Buchführung und die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft; dies gilt auch für die Angaben, die wir zu diesen Unterlagen erhalten haben. Wir verweisen ergänzend auf den Abschnitt "Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht" unseres vorstehend wiedergegebenen Bestätigungsvermerks.

Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen und Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen. Unsere diesbezügliche Verantwortung wird in den Abschnitten "Prüfungsurteile" und "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts" unseres Bestätigungsvermerks beschrieben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Konzernjahresabschluss oder den Konzernlagebericht ergeben.

Gemäß § 317 Abs. 4a HGB hat sich eine Abschlussprüfung nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Konzerns oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

II. Art und Umfang der Prüfung

Unsere Prüfung haben wir in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung ("Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" im Sinne von Anlage D.1 zu ISA (DE) 200) vorgenommen.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024.

Die Prüfung wurde von uns im Januar sowie Juni und Juli 2026 durchgeführt.

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist die Entwicklung einer Prüfungsstrategie und eines darauf abgestimmten Prüfungsprogramms mit dem Ziel, ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu erlangen, um das Prüfungsrisiko auf ein vertretbar niedriges Maß zu reduzieren. Das Prüfungsprogramm enthält die von den Mitgliedern des Prüfungsteams durchzuführenden Prüfungshandlungen nach Art, zeitlicher Einteilung und Umfang.

Bei der Identifizierung und Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern auf Abschluss- und Aussageebene erlangen wir ein Verständnis von dem Unternehmen und dessen Umfeld, einschließlich der internen Kontrollen (und ggf. der für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen).

Darauf aufbauend führen wir Funktionsprüfungen durch, um die Wirksamkeit von relevanten Kontrollen zu beurteilen. Die Erkenntnisse aus diesen Prüfungshandlungen haben wir bei der Festlegung der aussagebezogenen analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt, die darauf ausgerichtet sind, wesentlich falsche Darstellungen aufzudecken.

Bei der Planung und Durchführung der Prüfung als auch bei der Beurteilung der Auswirkungen von identifizierten falschen Darstellungen auf die Prüfung und von etwaigen nicht korrigierten falschen Darstellungen auf den Abschluss (und ggf. den Konzernlagebericht) haben wir das Konzept der Wesentlichkeit beachtet.

Zur Umsetzung unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes bedienen wir uns der Prüfungssoftware AP Comfort der DATEV eG, Nürnberg. Sie unterstützt die Planung, Durchführung und Dokumentation der Abschlussprüfung.

Unser Prüfungsprogramm hat folgende Schwerpunkte umfasst:

- Aufrechnungen im Rahmen der Schuldenkonsolidierung sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung
- Einhaltung materieller und formeller Anforderungen an den Konzernanhang unter Berücksichtigung handelsrechtlicher Vorschriften
- Ordnungsmäßigkeit der Entwicklung der Kapitalflussrechnung nach den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 21
- Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit des Konzernanhangs
- Einhaltung materieller und formeller Anforderungen an den Konzernlagebericht unter Berücksichtigung des Standards DRS 20 des Deutschen Standardisierungsrates.

Zukunftsbezogene Angaben im Konzernlagebericht haben wir vor dem Hintergrund der Konzernabschlussangaben auf Plausibilität und Übereinstimmung mit den während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen beurteilt.

Die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens sowie die gesetzlichen Vertreter der Tochterunternehmen haben alle gewünschten Aufklärungen und Nachweise erbracht. Außerdem haben die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens die berufsübliche Vollständigkeitserklärung in schriftlicher Form abgegeben. Darin wird insbesondere versichert, dass in den Konzernabschluss alle konsolidierungspflichtigen Unternehmen einbezogen sind, dass die dem Konzernabschluss zugrunde gelegten Abschlüsse alle nach den für den Konzernabschluss maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände, Schulden (Verpflichtungen, Wagnisse etc.), Rechnungsabgrenzungsposten und Sonderposten, sämtliche Aufwendungen und Erträge sowie alle erforderlichen Angaben enthalten und dass sämtliche konsolidierungspflichtigen Vorgänge im Konzernabschluss zutreffend berücksichtigt sind.

E. Feststellungen und Erläuterungen zur Konzernrechnungslegung

I. Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Desmoid Aktiengesellschaft ist als Mutterunternehmen gemäß § 290 HGB verpflichtet, einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht aufzustellen und nach den §§ 316 ff. HGB prüfen zu lassen. Der vorliegende Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 wurde nach den deutschen handelsrechtlich geltenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personengesellschaften aufgestellt.

Grundlage für die Konsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen waren die nach einheitlichen Grundsätzen aufgestellten Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2025 dieser Unternehmen.

1. Vorjahreskonzernabschluss

Der Vorjahreskonzernabschluss zum 31. Dezember 2024 wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 14. August 2025 unverändert festgestellt.

Die Konzernmutter ist ihrer Pflicht zur Veröffentlichung des Konzernabschlusses des Vorjahres fristgerecht nachgekommen.

2. Konsolidierungskreis und Konzernabschlusstichtag

Der Kreis der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist zutreffend ermittelt und im Konzernanhang dargestellt.

In den vorliegenden Konzernabschluss sind die im Konzernanhang (Anlage 3) aufgeführten Unternehmen einbezogen, da der Muttergesellschaft die Mehrheit der Stimmrechte gemäß § 290 Abs. 2 HGB zusteht.

Der Stichtag der Jahresabschlüsse aller in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen entspricht dem Konzernabschlusstichtag.

3. Ordnungsmäßigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse

Nach § 317 Abs. 3 HGB hat der Abschlussprüfer des Konzernabschlusses auch die im Konzernabschluss zusammengefassten Jahresabschlüsse, insbesondere die konsolidierungsbedingten Anpassungen in entsprechender Anwendung des § 317 Abs. 1 HGB zu prüfen.

Die nach handelsrechtlichen Grundsätzen aufgestellten Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2025 der Muttergesellschaft und des Tochterunternehmens G. Pohl Boskamp GmbH & Co. KG, Hohenlockstedt, sind durch uns geprüft worden und haben jeweils einen uneingeschränkten und um einen hinweisenden Zusatz ergänzten Bestätigungsvermerk entsprechend § 322 Abs. 1 HGB erhalten. Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochtergesellschaften Boskamp GmbH, Pharmapol Arzneimittelvertrieb-GmbH, Phatec Beteiligungsgesellschaft mbH sowie der Pohl Boskamp Digital Health GmbH zum 31. Dezember 2025 wurde von uns entsprechend § 317 Abs. 3 Satz 1 HGB für Zwecke der Konzernabschlussprüfung geprüft.

4. Konsolidierungsgrundsätze

Die angewandten Konsolidierungsmethoden entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und werden stetig angewendet.

5. Konzernabschluss

Der Konzernabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 ist ordnungsgemäß aus den Zahlen der Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen und den ergänzenden Nachweisen zu den Konsolidierungsmaßnahmen entwickelt worden. Die Konsolidierungsbuchungen sind zutreffend fortgeführt worden.

Der Konzernanhang enthält die gesetzlich geforderten Erläuterungen und Angaben sowie die in Ausübung eines Wahlrechts nicht in der Konzernbilanz oder in der Konzerngewinn- und Verlustrechnung aufgenommenen Angaben vollständig und richtig.

Die gesetzlichen Vertreter der Muttergesellschaft haben die Berichterstattung im Konzernanhang gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a) und b) HGB über die Organbezüge aufgrund der mittelbaren Schutzwirkung des § 286 Abs. 4 HGB berechtigterweise eingeschränkt.

Die Konzernkapitalflussrechnung wurde nach den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 21 aufgestellt.

Der Konzerneigenkapitalspiegel entspricht den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 22.

6. Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht steht mit dem Konzernabschluss und unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang, entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. Unsere Prüfung nach § 317 Abs. 2 Satz 2 HGB hat zu dem Ergebnis geführt, dass im Konzernlagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Angaben nach § 315 Abs. 2 HGB sind vollständig und zutreffend.

II. Gesamtaussage des Konzernjahresabschlusses

1. Wesentliche Bewertungs- und Konsolidierungsgrundlagen

Hinsichtlich der Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmaßnahmen verweisen wir auf die Ausführungen der Gesellschaft im Anhang (Anlage 3). Änderungen in den Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und Konsolidierungsmethoden sowie sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit Auswirkungen auf die durch den Konzernabschluss vermittelte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

2. Zusammenfassende Beurteilung

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Beurteilung sind wir - unter Würdigung der erläuterten wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen - zu der Auffassung gelangt, dass der Konzernabschluss insgesamt, d. h. das Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n. F. (10.2021)).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb des Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Hamburg, den 9. Juli 2026

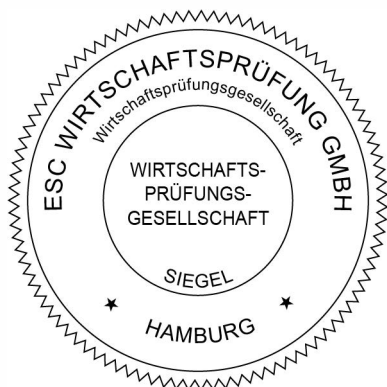
ESC Wirtschaftsprüfung GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Michael Kapitza
Wirtschaftsprüfer



Florian Ludwig
Wirtschaftsprüfer



Siegel-Nr.: 39/2026

Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva

Passiva

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR		31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	7.790.052,42	8.864.542,41	II. Kapitalrücklage	55.578.942,91	55.578.942,91
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	976.575,37	1.064.049,15	III. Gewinnrücklagen		
3. Geleistete Anzahlungen	<u>15.583,60</u>	<u>0,00</u>	1. Gesetzliche Rücklage	10.000,00	10.000,00
	8.782.211,39	9.928.591,56	2. Andere Gewinnrücklagen	<u>123.872.946,18</u>	<u>108.498.671,09</u>
				123.882.946,18	108.508.671,09
II. Sachanlagen			IV. Bilanzverlust	-26.272.430,21	-25.032.597,86
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	22.085.312,22	18.471.313,22	- davon Verlustvortrag EUR -25.032.597,86 (EUR -21.319.783,76)		
2. Technische Anlagen und Maschinen	12.569.917,00	12.962.853,00		<u>153.289.458,88</u>	<u>139.155.016,14</u>
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.993.864,00	3.615.323,99			
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>1.867.236,19</u>	<u>4.791.234,56</u>			
	40.516.329,41	39.840.724,77	B. RÜCKSTELLUNGEN		
			1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	7.127,00	7.716,00
III. Finanzanlagen			2. Steuerrückstellungen	411.530,00	358.019,00
1. Beteiligungen	404.385,78	100.001,00	3. Sonstige Rückstellungen	<u>6.414.100,00</u>	<u>8.653.700,00</u>
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	250.000,00	250.000,00		6.832.757,00	9.019.435,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>9.298,43</u>	<u>9.298,43</u>			
	663.684,21	359.299,43	C. VERBINDLICHKEITEN		
			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.487.995,72	2.737.260,46
B. UMLAUVERMÖGEN			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.487.995,72 (EUR 2.737.260,46)		
I. Vorräte			2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.463.719,65</u>	<u>787.795,36</u>
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.658.759,89	11.466.948,00		4.951.715,37	3.525.055,82
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	13.677.758,00	8.657.167,58	- davon aus Steuern EUR 2.267.628,88 (EUR 553.352,56)		
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	<u>15.360.922,53</u>	<u>10.446.606,31</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.463.719,65 (EUR 787.795,36)		
	40.697.440,42	30.570.721,89	D. PASSIVE LATENTE STEUERN	42.853,29	44.074,31
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20.525.439,92	20.204.222,69			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	21.041,67			
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>3.641.541,19</u>	<u>3.320.490,68</u>			
	24.166.981,11	23.545.755,04			
III. Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	49.015.477,97	46.256.835,74			
	<u>113.879.899,50</u>	<u>100.373.312,67</u>			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.272.865,44	1.239.836,57			
D. AKTIVE LATENTE STEUERN	1.794,59	1.816,27			
	<u>165.116.784,54</u>	<u>151.743.581,27</u>		<u>165.116.784,54</u>	<u>151.743.581,27</u>

Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling**Konzerngewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025**

	2025 EUR	2024 EUR
1. Umsatzerlöse	158.597.400,78	162.401.986,02
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	<u>3.076.920,57</u>	<u>-2.413.093,81</u>
3. Sonstige betriebliche Erträge - davon Erträge aus der Währungsumrechnung EUR 19.097,42 (EUR 363.588,76)	2.633.170,50	1.541.483,55
4. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-27.502.448,28	-30.830.451,71
5. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter	-44.408.845,74	-41.083.181,50
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-9.133.905,08</u>	<u>-7.935.300,17</u>
- davon für Altersversorgung EUR -486.205,02 (EUR -377.253,53)	-53.542.750,82	-49.018.481,67
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögen und Sachanlagen	-5.811.448,54	-6.682.921,84
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen - davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung EUR -155.000,88 (EUR -164.794,04)	-53.028.287,37	-50.855.047,05
8. Ergebnis vor Zinsen und Steuern	<u>24.422.556,84</u>	<u>24.143.473,49</u>
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.086.249,33	1.462.726,19
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.738,52	-1.282,23
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.436.634,12	-7.465.928,98
12. Ergebnis nach Steuern	<u>18.070.433,53</u>	<u>18.138.988,47</u>
13. Sonstige Steuern	-76.786,75	-164.810,10
14. Konzernjahresüberschuss	<u>17.993.646,78</u>	<u>17.974.178,37</u>
15. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-25.032.597,86	-21.319.783,76
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen In andere Gewinnrücklagen	-15.374.275,09	-16.871.399,52
17. Ausschüttung	-3.859.204,04	-4.815.592,95
18. Konzernbilanzverlust	<u>-26.272.430,21</u>	<u>-25.032.597,86</u>

Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling
Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2025

I. Allgemeine Angaben

Die Desmoid Aktiengesellschaft hat ihren Sitz in Dägeling. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Pinneberg unter HRB 16076 PI eingetragen.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie des Aktiengesetzes aufgestellt. Die Abschlüsse der einbezogenen Gesellschaften wurden ebenfalls nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und einheitlich auf den Bilanzstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

Für die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren (§§ 275 Abs. 2 i. V. m. 298 Abs. 1 HGB) beibehalten.

II. Angaben zum Konsolidierungskreis

Zum Konzern gehörten am 31. Dezember 2025 die nachstehenden Gesellschaften:

1. Mutterunternehmen

Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling.

2. In den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen

a. G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG, Hohenlockstedt:

Der Anteil am Kapital beläuft sich auf 100 %. Die Gesellschaft nimmt die Vorschrift nach § 264b HGB in Anspruch und ist damit von der Verpflichtung befreit, einen Jahresabschluss und einen Lagebericht nach den Vorschriften der §§ 264 ff. HGB aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

b. Boskamp GmbH, Hohenlockstedt:

Der Anteil am Kapital beläuft sich auf 100 %. Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin der ebenfalls in den Konzernabschluss einbezogenen G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG, Hohenlockstedt.

c. Pharmapol Arzneimittelvertrieb-GmbH, Dägeling:

Der Anteil am Kapital beläuft sich auf 100 %. Die Gesellschaft ist eine Tochtergesellschaft der G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft nimmt die Vorschrift nach § 264 (3) HGB in Anspruch und ist damit von der Verpflichtung befreit, einen Jahresabschluss und einen Lagebericht nach den Vorschriften der §§ 264 ff. HGB aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

d. Pohl-Boskamp Digital Health GmbH, Dägeling:

Der Anteil am Kapital beläuft sich auf 100 %. Die Gesellschaft ist eine Tochtergesellschaft der G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft nimmt die Vorschrift nach § 264 (3) HGB in Anspruch und ist damit von der Verpflichtung befreit, einen Jahresabschluss und einen Lagebericht nach den Vorschriften der §§ 264 ff. HGB aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

e. Phatec Beteiligungsgesellschaft mbH, Dägeling:

Der Anteil am Kapital beläuft sich auf 100 %. Die Gesellschaft ist eine Tochtergesellschaft der Desmoid AG.

III. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

Die Abschlüsse der **vollkonsolidierten Gesellschaften** werden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften einheitlich nach den von der Desmold Aktiengesellschaft vorgegebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in den Konzernabschluss einbezogen.

Die erstmalige Berücksichtigung der vollkonsolidierten Gesellschaften im Konzernabschluss erfolgte zu folgenden Erstkonsolidierungszeitpunkten:

- a. G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG, Hohenlockstedt: 1. Januar 2011
- b. Boskamp GmbH, Hohenlockstedt: 1. Januar 2016
- c. Pharmapol Arzneimittelvertrieb-GmbH, Dägeling: 1. Januar 2023
- d. Pohl-Boskamp Digital Health GmbH, Dägeling: 1. April 2023
- e. Phatec Beteiligungsgesellschaft mbH, Dägeling: 1. Januar 2023.

Die **Kapitalkonsolidierung** ist seit Geltung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) mit Beginn des Geschäftsjahres 2010 grundsätzlich nach der Neubewertungsmethode vorzunehmen.

Bei der Ermittlung des Neubewerteten Eigenkapitals zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung werden alle Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten und Sonderposten des Tochterunternehmens vollständig und einzeln erfasst, unabhängig davon, ob die betreffenden Posten bereits bilanziert sind. Diese Bilanzierungspflicht besteht grundsätzlich auch für immaterielle Vermögensgegenstände, die im Einzelabschluss der Tochtergesellschaft aufgrund von Ansatzwahlrechten oder Ansatzverboten nicht aktiviert wurden. Vermögensgegenstände und Schulden, die nicht verlässlich bewertbar sind, werden nicht angesetzt. Geschäftswertähnliche Vorteile werden im Zweifel dem Geschäfts- oder Firmenwert zugerechnet. In der Neubewertungsbilanz sind alle Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten und Sonderposten, mit Ausnahme der Rückstellungen und latenten Steuern, mit dem beizulegenden Zeitwert zum jeweils maßgeblichen Erstkonsolidierungszeitpunkt bewertet. Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag und latente Steuern mit dem unternehmensindividuellen Steuersatz des betreffenden Tochterunternehmens bewertet.

Bei der Erstkonsolidierung der vollkonsolidierten Tochtergesellschaften wurden im Rahmen der **Kapitalkonsolidierung** die aktivischen Unterschiedsbeträge als Geschäfts- oder Firmenwerte aufgedeckt. Die passivischen Unterschiedsbeträge wurden in die Gewinnrücklage eingestellt.

Die **Schuldenkonsolidierung** erfolgt nach § 303 Abs. 1 HGB durch Eliminierung der Forderungen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen.

Zwischenergebnisse aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen für am Bilanzstichtag auszuweisende Vermögensgegenstände werden gemäß § 304 Abs. 2 HGB nicht eliminiert, weil sie für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Die **Aufwands- und Ertragskonsolidierung** erfolgt gemäß § 305 Abs. 1 HGB durch Verrechnung der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge zwischen den Konzernunternehmen mit den auf sie entfallenden Aufwendungen. Die Zinserträge und ähnlichen Erträge sind ebenso mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet worden.

IV. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die im Vorjahr angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Berichtsjahr grundsätzlich beibehalten.

Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss entsprechend den gesetzlichen Vorschriften einheitlich nach den bei der Desmoid Aktiengesellschaft geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen werden linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Bei Konzessionen, Schutzrechten, Lizenzen, Patenten und Software beträgt die Nutzungsdauer zwischen einem und zehn Jahren.

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen ist ebenfalls zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet, wobei die Abschreibungen linear und - sofern dem tatsächlichen Wertverlust entsprechend - degressiv gemäß der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ermittelt sind. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu Anschaffungskosten in Höhe von € 800,00 wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben; ihr sofortiger Abgang wurde unterstellt.

Finanzanlagevermögen

Die Finanzanlagen werden mit ihren Anschaffungskosten oder bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Vorratsvermögen

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips angesetzt. Alle erkennbaren Risiken im Vorratsvermögen, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwendbarkeit usw. ergeben, werden durch angemessene Abwertungen berücksichtigt. Gleichartige Vermögensgegenstände des Vorratsvermögens werden mit dem gewogenen Durchschnitt bewertet. Waren werden zu Anschaffungskosten und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die Zugangsbewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse erfolgte mit den Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 HGB. Die Folgebewertung berücksichtigt die verlustfreie Bewertung. Von dem Wahlrecht, Teile der Kosten der allgemeinen Verwaltung sowie angemessene Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebs für freiwillige soziale Leistungen und für die betriebliche Altersversorgung mit in die Herstellungskosten einzubeziehen, wurde Gebrauch gemacht.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennbetrag bewertet. Ausfallrisiken werden durch Einzelwertberichtigungen sowie durch Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Das Niederstwertprinzip wurde beachtet.

Liquide Mittel und aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die liquiden Mittel werden mit dem Nennwert bilanziert.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten nach § 250 Abs.1 HGB beinhaltet im Voraus bezahlten Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling, beträgt € 100.000,00 und ist eingeteilt in 100.000 nennbetragslose, auf Namen lautende Stückaktien.

Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten, erkennbare Risiken und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt.

Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzungsposten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag zum Bilanzstichtag bewertet.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten nach § 250 Abs. 2 HGB beinhaltet Einnahmen, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Latente Steuern

Zur Ermittlung aktiver oder passiver latenter Steuern werden die Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Bilanzposten (Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten) ermittelt und analysiert. Darüber hinaus werden, soweit vorhanden, aktive latente Steuern auf Verlustvorträge berücksichtigt.

Im Desmoid-Konzern werden daneben latente Steuern für im Rahmen der Kapitalkonsolidierung aufgedeckte stille Reserven oder für ergebniswirksame Konsolidierungsmaßnahmen berechnet.

Bei der Ermittlung der latenten Steuern wird grundsätzlich der Gewerbesteuersatz (12,25 %) des Tochterunternehmens, G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG, zugrunde gelegt.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr erfolgte am Bilanzstichtag zum Devisenkassamittelkurs.

V. Angaben zur Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Zusammensetzung und Entwicklung des Konzernanlagevermögens** ist dem Anlagenspiegel zur Konzernbilanz zu entnehmen. Der Konzernanlagenspiegel ergibt sich aus Anlage 3/Seite 12 des Anhangs.

Sämtliche **Forderungen** haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Die Zusammensetzung und Entwicklung des **Eigenkapitals** ist in dem beigefügten Eigenkapitalsspiegel Anlage 4 dargestellt. Das **Grundkapital** beträgt unverändert zum Vorjahr € 100.000,00, ist voll erbracht worden und eingeteilt in 100.000 nennbetragslose Stückaktien. Die Kapitalrücklage beträgt unverändert € 55.578.942,91. Die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von € 123.872.946,18 (Vorjahr: € 108.498.671,09) beinhalten im Wesentlichen Einstellungen aus dem Bilanzgewinn und die gesetzliche Rücklage nach § 150 AktG wird weiterhin mit € 10.000,00 ausgewiesen.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** wurden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren "Projected Unit Credit-Verfahren nach IAS19" unter Verwendung der "Richttafeln 2018 G" ermittelt. Dabei belaufen sich die Zinseffekte auf € 148,00. Für die Abzinsung wurden Rechnungszinssätze in Höhe von 2,05 % (10-Jahres-Durchschnittszins) und 2,21 % (7-Jahres-Durchschnittszins) verwendet. Der Rententrend wurde mit 1,5 % p. a. angenommen. Mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2017 basiert die Abzinsung der Pensionsrückstellungen auf einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre. Der aus der Änderung des Rechnungszinssatzes (über 10 statt 7 Jahre) resultierende Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB ist zum Bilanzstichtag erneut negativ (€ -35,00). Eine Ausschüttungssperre besteht daher nicht.

Die **sonstigen Rückstellungen** beinhalten im Wesentlichen ungewisse Verbindlichkeiten für personalbezogene Verpflichtungen (T€ 4.872, Vorjahr: T€ 6.766), Prozesskosten (T€ 36, Vorjahr: T€ 48), produktbezogene Verpflichtungen und Remissionen (T€ 312, Vorjahr: T€ 720), Abschluss-, Prüfungs- und Beratungskosten (T€ 228, Vorjahr: T€ 226), ausstehende Rechnungen (T€ 967, Vorjahr: T€ 902).

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Zinssatz gemäß § 253 Abs. 2 HGB (7-Jahres-Durchschnittszins) abgezinst.

Zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die Angaben im Zusammenhang mit den **Verbindlichkeiten** in einem Verbindlichkeitspiegel zusammengefasst dargestellt:

Art der Verbindlichkeit für das Jahr 2025	Stand 31.12.2025	davon mit einer Restlaufzeit		
		kleiner 1 Jahr	2 bis 5 Jahren	größer 5 Jahre
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	2.487.995,72 € 2.737.260,46 €	2.487.995,72 € 2.737.260,46 €	0,00 € 0,00 €	0,00 € 0,00 €
sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	2.463.719,65 € 787.795,36 €	2.463.719,65 € 787.795,36 €	0,00 € 0,00 €	0,00 € 0,00 €
Summe (Vorjahr)	4.951.715,37 € 3.525.055,82 €	4.951.715,37 € 3.525.055,82 €	0,00 € 0,00 €	0,00 € 0,00 €

Latente Steuern wurden folgendermaßen gebildet: Die passiven latenten Steuern in Höhe von T€ 43 ergeben sich aus der Kaufpreisallokation im Rahmen der Erstkonsolidierung und beziehen sich auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens. Die aktiven latenten Steuern in Höhe von T€ 2 resultieren im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden bei der Bewertung eines Grundstücks im Sachanlagevermögen.

Die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastungen sind mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Gemäß § 306 HGB wurde im Vorjahr von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, aktive latente Steuern mit den passiven latenten Steuern zu verrechnen. Die Veränderung der passiven latenten Steuern beträgt im Berichtsjahr T€ -1 (Vorjahr Veränderung: T€ -1); die aktiven latenten Steuern haben sich im Vergleich zum Vorjahr nur minimal verringert. Im Bericht wurde nicht von dem Wahlrecht der Saldierung gemäß § 306 HGB Gebrauch gemacht. Die latenten Steuern werden entsprechend unsaldiert ausgewiesen.

Der Steueraufwand hat sich nach DRS 18 folgendermaßen entwickelt:

	2025	2024
	T€	T€
Ergebnis vor Ertragsteuern (Handelsbilanz)	25.430	25.440
(Konzern-)Steuersatz	28,1 %	28.1 %
erwarteter Ertragsteueraufwand	7.146	7.149
abweichende ausländische Steuerbelastung	0	0
Steueranteil für:		
steuerfreie Erträge	120	0
steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen		
temporäre Differenzen und Verluste, für die keine latenten Steuern erfasst wurden	0	0
Steuergutschriften	0	0
periodenfremde tatsächliche Steuern	0	0
Effekte aus Steuersatzänderungen	0	0
sonstige Steuereffekte	171	317
ausgewiesener Ertragsteueraufwand (- = Ertrag)	7.437	7.466
effektiver (Konzern-)Steuersatz (%)	29,2 %	29,3 %

Die **Umsatzerlöse** werden zu 69 % (Vorjahr: 72 %) im Inland und zu 31 % (Vorjahr: 28%) im Ausland realisiert.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** beinhalten periodenfremde Erträge in Höhe von T€ 234 (Vorjahr: T€ 594), bei denen es sich im Wesentlichen um Erstattungen, Gutschriften und Nachlässe aus Vorjahren handelt.

VI. Angaben zur Konzernkapitalflussrechnung

Die Konzernkapitalflussrechnung wurde nach DRS 21 aufgestellt.

Der Finanzmittelfonds beinhaltet die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von T€ 49.015.

VII. Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für das Geschäftsjahr 2025 bestehen Mietverpflichtungen für unbewegliche Wirtschaftsgüter in Höhe von T€ 2.233 (Vorjahr: T€ 2.239). Die Laufzeit der Mietverträge ist unbegrenzt. Finanzielle Verpflichtungen für geleaste und gemietete bewegliche Vermögensgegenstände, deren Verträge Laufzeiten zwischen 24 und 48 Monaten beinhalten, werden im Jahr 2025 in Höhe von T€ 784 (Vorjahr: 664) zahlungswirksam.

Mitarbeiter

Die Anzahl der Mitarbeiter wird gemäß § 267 HGB ermittelt. Dabei wird der Mitarbeiterstand ohne Geschäftsführer und Auszubildende nach Köpfen jeweils zum Quartalsende zusammengerechnet und der Mittelwert daraus gebildet. Demnach waren im Jahresdurchschnitt 702 (Vorjahr: 647) Mitarbeiter beschäftigt, davon 157 (Vorjahr: 154) gewerbliche und 545 (Vorjahr: 493) angestellte Mitarbeiter.

Honorar des Konzernabschlussprüfers und andere Abschlussprüfer

Das vom Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2025 berechnete Gesamthonorar für Abschlussprüfungsleistungen beträgt T€ 22.

Vorstand

Die Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr vertreten durch:

- Frau Marianne Boskamp, Diplom-Betriebswirtin
- Herrn Dr. Henning Ueck, Diplom-Chemiker

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrates waren im Geschäftsjahr:

- Herr Norbert Klapszus, Jurist, Vorsitzender
- Frau Dr. Ulrike Boskamp, Kunsthistorikerin, stellvertretende Vorsitzende
- Herr Manfred Kowalewski, Bankbetriebswirt

Bezüge der Organe

Die Angabe der Bezüge für die aktiven und früheren Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025 unterbleibt gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6a analog § 286 Abs. 4 HGB.

Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling

Gewinnverwendung

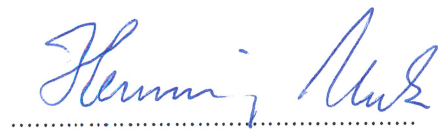
Aus dem Jahresüberschuss des Mutterunternehmens wurden € 15.374.275,09 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Über die Verwendung des verbleibenden Jahresüberschusses wird ein Beschluss auf der Hauptversammlung gefasst.

Dägeling, den 3. Juli 2026



.....
Marianne Boskamp



.....
Dr. Henning Ueck

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte		
	01.01.2025	Zugang Konsolidierungs Kreis	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2025	01.01.2025	Zugang Konsolidierungs Kreis	Zugänge	Abgänge	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2024
	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche	10.744.899,89	0,00	0,00	0,00	0,00	10.744.899,89	1.880.357,48	0,00	1.074.489,99	0,00	2.954.847,47	7.790.052,42	8.864.542,41
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	66.914.053,41	0,00	102.275,74	57.440,00	0,00	66.958.889,15	66.834.953,41	0,00	70.359,74	57.438,00	66.847.875,15	111.014,00	79.100,00
3. Geschäfts- oder Firmenwert	9.194.899,03	0,00	0,00	0,00	0,00	9.194.899,03	8.209.949,88	0,00	119.387,78	0,00	8.329.337,66	865.561,37	984.949,15
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	15.583,60	0,00	0,00	15.583,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.583,60	0,00
	86.853.852,33	0,00	117.859,34	57.440,00	0,00	86.914.271,67	76.925.260,77	0,00	1.264.237,51	57.438,00	78.132.060,28	8.782.211,39	9.928.591,56
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	27.026.094,54	0,00	856.120,76	0,00	3.656.721,73	31.538.937,03	8.554.781,32	0,00	898.843,49	0,00	9.453.624,81	22.085.312,22	18.471.313,22
2. Technische Anlagen und Maschinen	51.457.094,44	0,00	1.484.258,17	173.889,18	61.901,60	52.829.365,03	38.494.241,44	0,00	1.939.092,77	173.886,18	40.259.448,03	12.569.917,00	12.962.853,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.456.915,09	0,00	2.079.895,54	1.221.817,52	57.323,24	20.372.316,35	15.841.591,10	0,00	1.709.274,77	1.172.413,52	16.378.452,35	3.993.864,00	3.615.323,99
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.791.234,56	0,00	851.948,20	0,00	-3.775.946,57	1.867.236,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.867.236,19	4.791.234,56
	102.731.338,63	0,00	5.272.222,67	1.395.706,70	0,00	106.607.854,60	62.890.613,86	0,00	4.547.211,03	1.346.299,70	66.091.525,19	40.516.329,41	39.840.724,77
III. Finanzanlagen													
1. Beteiligungen	107.270,83	0,00	54.384,78	0,00	250.000,00	411.655,61	7.269,83	0,00	0,00	0,00	7.269,83	404.385,78	100.001,00
2. Ausleihungen	250.000,00	0,00	250.000,00	0,00	-250.000,00	250.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	250.000,00	250.000,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	9.298,43	0,00	0,00	0,00	0,00	9.298,43	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.298,43	9.298,43
	366.569,26	0,00	304.384,78	0,00	0,00	670.954,04	7.269,83	0,00	0,00	0,00	7.269,83	663.684,21	359.299,43
	189.951.760,22	0,00	5.694.466,79	1.453.146,70	0,00	194.193.080,31	139.823.144,46	0,00	5.811.448,54	1.403.737,70	144.230.855,30	49.962.225,01	50.128.615,76

Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling

Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung für das Geschäftsjahr 2025

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital	Andere neutrale Transaktionen	Eigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand am 1. Januar 2024	100.000,00	55.578.942,91	70.138.164,11	179.323,70	125.996.430,72
Gezahlte Dividenden			-4.815.592,95		-4.815.592,95
Konzernjahresüberschuss			17.974.178,37		17.974.178,37
Stand am 31. Dezember 2024	100.000,00	55.578.942,91	83.296.749,53	179.323,70	139.155.016,14
Gezahlte Dividenden			-3.859.204,04		-3.859.204,04
Konzernjahresüberschuss			17.993.646,53		17.993.646,53
Stand am 31. Dezember 2025	100.000,00	55.578.942,91	97.431.192,02	179.323,70	153.289.458,63

Desmold Aktiengesellschaft, Dägeling

Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2025

	2025 TEUR	2024 TEUR
Periodenergebnis	17.994	17.974
+/- Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.811	6.683
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-2.187	361
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-10.781	-6.334
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.427	-6.026
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-100	1
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	-1.084	-1.462
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	7.437	7.466
-/+ Ertragsteuerzahlungen	-7.438	-7.337
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	11.079	11.326
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen aufgrund Veränderung im Konsolidierungskreis	-117	0
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	124	0
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-5.273	-8.155
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen aufgrund Veränderung im Konsolidierungskreis	25	0
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens aufgrund Veränderung im Konsolidierungskreis	-305	25
+ Erhaltene Zinsen	1.086	1.462
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-4.460	-6.668
- Gezahlte Zinsen	-2	0
- Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-3.859	-4.816
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.861	-4.816
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	2.758	-158
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	46.257	46.415
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	49.015	46.257

Der Finanzmittelfonds setzt sich ausschließlich aus liquiden Mitteln der Gesellschaft zusammen.

KONZERNLAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

1 Grundlagen des Konzerns

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb, der Import und Export von Pharmazeutika, Medizinprodukten, Kosmetika, chemischen Rohstoffen und Endprodukten sowie jeweils auf eigene Rechnung und im eigenen Namen die Beteiligung an und Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, deren Gegenstand die Herstellung, der Vertrieb, der Import und Export von Pharmazeutika, Medizinprodukten, Kosmetika, chemischen Rohstoffen und Endprodukten ist.

Der Geschäftsverlauf des Konzerns wird maßgeblich durch die wirtschaftliche Entwicklung der operativ tätigen Gesellschaften, der G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG, der Pharmapol Arzneimittelvertrieb- GmbH sowie der Pohl-Boskamp Digital Health GmbH bestimmt. Die Konzernmutter ist seit 2021 in Dägeling ansässig.

Die Produktpalette umfasst derzeit ca. 30 Spezialitäten, hauptsächlich in den Indikationsgebieten Atemwegserkrankungen, Antiparasitika und Herz-Kreislauf. Die Unternehmensgruppe zählt damit zu den bedeutenden nationalen Pharmaherstellern und zu den großen Anbietern von Phytopharmaka. Im Jahr 2023 wurde das Portfolio um digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) erweitert. Eine eigene Entwicklung zur Tinnitus-Therapie und zwei Applikationen aus Vertriebskooperationen, zu den Indikationen erektiler Dysfunktion sowie Koronare Herzkrankheit und Herzinfarkt, bilden das digitale Angebot.

Der Vertrieb der Produkte erfolgt im Ausland über Vertriebspartnerstrukturen. Im Inland wird sowohl über den Großhandel, über das Apotheken-Direktgeschäft als auch über den Apothekenaußendienst vertrieben.

Im Bereich „Forschung & Entwicklung“ des Konzerns beschäftigen sich mehrere Projektteams sowohl mit der Entwicklung innovativer Darreichungsformen mit bekannten Wirkstoffen als auch mit der Optimierung vorhandener Produkte und Produktionsverfahren. Am 31. Dezember arbeiteten im Konzern 14 Beschäftigte in diesen Entwicklungsteams.

Neben Arzneimitteln werden auch stoffliche, d. h. arzneimittelähnliche Medizinprodukte entwickelt. Außerdem werden neue Herstellprozesse etabliert und in den Produktionsmaßstab begleitet. Parallel dazu erfolgt die Entwicklung von Analysemethoden und Packmitteln. Weitere Aktivitäten zielen auf die Bereitstellung patientenfreundlicher neuer Packmittel für bestehende Produkte ab.

In den letzten Jahren wurden zunehmend Möglichkeiten geprüft, die Produkte und insbesondere ihre Primär- und Sekundärverpackung umweltfreundlicher zu gestalten. Der Konzern verfolgt das Ziel, nicht nur die vielfältigen Anforderungen aus dem Green Deal der Europäischen Union zu erfüllen, sondern auch den engen Spielraum, den Arzneimittel- und Medizinprodukte Regularien lassen, gestalterisch zu nutzen.

Der Konzern hat im Berichtsjahr die Marktposition der Tinnitus-App Kalmeda® ausbauen und deren Marktposition als eine der erfolgreichsten Digitalen Gesundheitsanwendung (DiGA) weiter festigen können. Aktuell befinden sich weiterhin mehrere Projekte in der Entwicklungsphase. Es konnte im Berichtsjahr eine neue digitale Therapie entwickelt und in eine klinische Studie überführt werden.

Laufende und sich ankündigende Gesetzgebungsverfahren zu DiGA (bspw. Anpassung der DiGA-Verordnung) lassen erwarten, dass es bei DiGA in Zukunft erfolgsabhängige Preisbestandteile sowie weitere preisregulierende Mechanismen geben wird, die Einfluss auf die Preisgestaltung haben werden.

2 Wirtschaftsbericht

Das Jahr 2025 war geprägt durch die Ausweitung von Handelshemmnissen, Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen, die die weltwirtschaftliche Lage maßgeblich beeinflusst haben. Neben den bereits zum Jahresbeginn bestehenden geopolitischen Konflikten von Israel in Palästina sowie dem Krieg zwischen der Ukraine und Russland, spitzte sich der Konflikt zwischen China und Taiwan durch massive Militärübungen der chinesischen Volksbefreiungsarmee weiter zu.

Ebenso wirkte sich die fortschreitende protektionistische Haltung der USA, gesteuert durch eine expansive Zollpolitik, negativ auf den Welthandel aus. Insbesondere die deutsche Stahl- und Automobilindustrie musste massive Einbußen in Kauf nehmen. Die Stahlproduktion brach im Jahr 2025 mit 34,1 Millionen Tonnen im Vergleich zum Vorjahr um rund 9 % ein. Der Umsatz der deutschen Automobilindustrie entwickelte sich, wie auch schon im Vorjahr, mit -1,6 % (Vorjahr: -5 %) rückläufig. Die Zahl der Beschäftigten sank um 6,2 % auf 725.000 Mitarbeitende.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich entsprechend dem fragilen Umfeld und der schwachen Entwicklung der größten Branchen nur leicht steigend. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich minimal um 0,2 % (Vorjahr: -0,5 %). Während sich die Wachstumsprognose des IfW Kiel in der Weltwirtschaft vom ersten Quartal 2025 mit +3,1 % bis zum vierten Quartal mit +3,3 % auf mäßigem Niveau stabil entwickelte, wurden in Deutschland die sehr schwachen Wachstumsaussichten des Frühjahrs von +0,0 % auf +0,1 % im Winter erhöht.

Gemäß den IfW-Konjunkturberichten für die Entwicklung in der Weltwirtschaft für den Winter 2025 gab es regional große Unterschiede in der Konjunktur. In der Gruppe der sogenannten fortgeschrittenen Volkswirtschaften, in der unter anderem die USA, Kanada, Japan und die europäischen Länder geführt werden, zeigten sich die USA als Wachstumstreiber. Die Konjunktur in den USA entwickelte sich trotz der erhöhten Handelshemmnisse mit einem Zuwachs im BIP von 2,0 % leicht über dem durchschnittlichen Wachstum der Gruppe (1,9 %). Die großen Volkswirtschaften wie China und Indien sowie der gesamte ostasiatische Raum konnten laut der weltweiten Frühjahrsprognose 2025 des IfW BIP-Steigerungsraten von 3,4 bis 7,8 % verzeichnen; wobei China mit 5 % BIP-Wachstum dennoch hinter dem Wachstum der Vorjahre und den eigenen Erwartungen zurückgeblieben ist. Die zuvor immer starke russische Volkswirtschaft schien dem Krieg und den damit im Zusammenhang stehenden Sanktionen Tribut zu zollen. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich nur leicht um 1 % und das bei einer Inflation von 9,2 %. Im Vorjahr waren es noch 4,1 % Wachstum im BIP.

Gemäß der deutschen BIP-Analyse zum Frühjahr 2026 wird die wirtschaftliche Dynamik im deutschen Bundesgebiet als schwach beurteilt. Zeichen für eine konjunkturelle Belebung bleiben vorerst aus und die zum Jahresende festgestellten Schwächen werden auf strukturelle Probleme und bereits seit Jahren rückläufige Marktanteile in der Exportwirtschaft sowie mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zurückgeführt.

Wie schon im Vorjahr wird große Hoffnung in die expansive Finanzpolitik der Regierung gesetzt. Eine Erholung der Konjunktur und ein Erreichen des gesteckten Wachstumsziel von 2 % wird jedoch nicht in Aussicht gestellt, da die vorgenannten strukturellen Probleme eine Erholung verhindern. Im Jahr 2026 wird lediglich mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,8 % gerechnet. Die Prognose für das Jahr 2027 sieht mit 1,4 % Wachstum etwas positiver aus.

Bei isolierter Betrachtung der verarbeitenden pharmazeutischen Industrie konnte sich die Branche im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der BRD besser entwickeln. Nach den Erhebungen des statistischen Bundesamtes konnten im produzierenden Gewerbe für das Jahr 2024 in der Branche der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen 58,39 Mrd. € umgesetzt werden; im Berichtsjahr waren es mit 61,27 Mrd. € 4,9 % mehr als im Vorjahr. Der Inlandsumsatz konnte um 4,3 % (0,9 Mrd. €) gesteigert werden, während der Auslandsumsatz bei einem Zuwachs in Höhe von 5,3 % (2,0 Mrd. €) sich noch besser entwickelte.

Nachdem im Vorjahr erstmal seit 2020 wieder sinkende Mitarbeiterzahlen verzeichnet wurden, stieg die Anzahl der Mitarbeitenden in der pharmazeutischen Herstellung sogar über die Anzahl der Beschäftigten des Jahres 2023. Zum Ende des Berichtsjahres waren 130.123 Personen in der Branche beschäftigt.

Der überwiegende Teil der Konzernumsatzerlöse wurde mit rezeptfreien Arzneimitteln erzielt; demnach stellt insbesondere die Entwicklung des OTC-Marktes (OTC: over the counter (rezeptfrei)) eine wichtige Kennzahl dar. Gemäß dem IQVIA-Markbericht „Entwicklung des deutschen Pharmamarktes im Jahr 2025“ verringerte sich das Absatzvolumen rezeptfreier Arzneimittel im Jahr 2025 in Deutschland um 4,2 % (Vorjahr: +0,5 %) auf 868,2 Mio. Packungen. Der Umsatz minderte sich in diesem Segment parallel um -0,3 % auf 6,6 Mrd. €. Wie auch schon in den Vorjahren trotzte der OTC-Versandhandel der Gesamtmarktentwicklung. Im Berichtszeitraum konnten über den elektronischen und telefonischen Bestellweg 255 Mio. Packungen (+3,3 % zum Vorjahr) abgesetzt werden. Der Umsatz steigerte sich gar um 6,3 % auf 3,37 Mrd. €. Innerhalb der Produktgruppen des OTC-Versandhandels entwickelte sich das konzernportfoliorelevante Segment der Husten-, Erkältungs- und Atemwegspräparate mit +6,0 % etwas stärker als im Vorjahreszeitraum (Vorjahr: +5,7 %).

2.1 Ertragslage

Die Konzernertragslage stellte sich für das Wirtschaftsjahr 2025 folgendermaßen dar:

Angaben in T€	2025		2024	
Umsatzerlöse	158.597	100,00%	162.402	100,00 %
Bestandsveränderungen	3.077	1,94%	-2.413	-1,49 %
Materialaufwand	-27.502	-17,34%	-30.831	-18,98 %
Personalaufwand	-53.543	-33,76%	-49.018	-30,18 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-53.028	-33,44%	-50.855	-31,31 %
Sonstige betriebliche Erträge	2.633	1,66%	1.541	0,95 %
EBITDA	30.234	19,06%	30.826	18,98 %
Abschreibungen	-5.811	-3,66%	-6.683	-4,12 %
EBIT	24.423	15,40%	24.143	14,87 %
Finanzergebnis	1.085	0,68%	1.462	0,90 %
Steuern	-7.437	-4,69%	-7.466	-4,60 %
Sonstige Steuern	-77	-0,05%	-165	-0,10 %
Konzernjahresüberschuss	17.994	11,35%	17.974	11,07 %

Die Konzernumsatzerlöse verminderten sich im Geschäftsjahr 2025 um T€ 3.805 (Vorjahr: T€ + 3.965) auf T€ 158.597 und erreichten somit das Niveau des Jahres 2023. Die für das Konzernportfolio relevanten Märkte der Erkältungs- und Antiparasitikapräparate wiesen im Geschäftsjahr rückläufige Absatzzahlen auf. Der Gesamtmarkt der Erkältungspräparate bewegte sich bis zum Mai auf Vorjahresniveau, jedoch setzte sich der schon nach dem ersten Quartal einsetzende Rückgang bis zum Jahresende fort. Der Markt entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr mit rd. 15 Mio. Packungen (-13 %) massiv rückläufig.

Absatzmarkt Deutschland gesamt (Märkte der Konzernprodukte) Absatz Erkältungspräparate in Stk.				
	Q1	Q2	Q3	Q4
Jahr 2025	38.069.356	55.176.287	70.881.444	103.955.217
Jahr 2024	35.269.844	57.225.996	78.194.600	119.071.063
Δ in %	8 %	-4 %	-9 %	-13 %

Aufgrund der leicht überdurchschnittlichen Wachstumsraten im Vergleich zur Gesamtmarktentwicklung konnten die Konzernprodukte aus dem Segment der Erkältungspräparate ihre Marktanteile im Vergleich zum Stichtag des Vorjahres minimal steigern. Während das Segment zum 31.12.2024 einen Marktanteil von 11,29 % verzeichnete, lag dieser zum Stichtag des Berichtsjahres bei 11,45 %.

Absatzmarkt Deutschland gesamt (Märkte der Konzernprodukte) Absatz Antiparasitikapräparate in Stk.				
	Q1	Q2	Q3	Q4
Jahr 2025	459.247	845.885	1.390.250	1.914.554
Jahr 2024	568.921	1.085.232	1.745.431	2.373.034
Δ in %	-19 %	-22 %	-20 %	-19 %

Nach der Markterholung in den Jahren 2023 bis 2024 erhielt der Markt der Antiparasitika im Geschäftsjahr 2025 einen deutlichen Dämpfer. Im Jahresmittel bewegte sich der Gesamtmarktabsatz 20 % unter dem Absatz des Vorjahres. Die Marktanteile des Konzernproduktportfolios verzeichneten jedoch auch in diesem Segment eine Entwicklung über dem Gesamtmarkt. Der Marktanteil der Konzernprodukte konnte in diesem Segment auf 47,91 % (Vorjahr: 46,68 %) gesteigert werden.

Der Konzernumsatz des Geschäftsjahres wurde zu 69 % (Vorjahr: 72 %) im Inland und zu 31 % (Vorjahr: 28 %) im Ausland generiert. Der Auslandsumsatz wurde zu 53 % (Vorjahr: 51 %) innerhalb der EU und zu 47 % (Vorjahr: 49 %) im sonstigen Ausland erwirtschaftet.

Trotz der gesunkenen Umsatzerlöse erhöhte sich die Gesamtleistung im Berichtsjahr um T€ 1.685. Insbesondere die geringen Absätze in den Herbst- und Wintermonaten 2025 sorgten für einen Aufbau des Lagerbestandes an Halbfertig- und Fertigware und erhöhten die Bestandsveränderungen um T€ 5.490. Ebenso verringerte sich der Materialaufwand um T€ 3.328. Demnach minderte sich die Rohertragsquote von 19 % auf 17 %. Die Rohertragsquote konnte insbesondere durch Preiseffekte und geringere Absätze im margenschwächeren sonstigen Ausland gesteigert werden.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um T€ 4.525 (Vorjahr: T€ 6.653). Dieser Zuwachs entspricht einer Steigerung von 9,2 %. Die Personalaufwendungen entwickelten sich parallel zum Personalbestand. Zum Geschäftsjahresende 2024 waren im Konzern durchschnittlich 647 Mitarbeitende beschäftigt. Zum Stichtag des Geschäftsjahres waren es 702 Mitarbeitende. Dies entspricht auch in der quantitativen Betrachtung einem prozentualen Zuwachs von 9 %.

Die Konzernabschreibungen minderten sich im Berichtsjahr auf T€ 5.811 (Vorjahr: T€ 6.683). Die deutliche Reduzierung der Abschreibungen resultiert aus Sondereffekten im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2024 wirkte sich die Abschreibung einer Marke inklusive Zulassung auf Konzernebene aus. Das zugehörige Produkt wurde in der Konzerngesellschaft Pharmapol Arzneimittelvertrieb-GmbH aufgrund einer dauerhaften Wertminderung auf den Erinnerungswert abgeschrieben. Der Abschreibungsbetrag des immateriellen Vermögensgegenstandes belief sich auf T€ 1.467.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten Vertriebs-, Verwaltungs- und Betriebskosten. Einen wesentlichen Posten der Vertriebskosten stellt das Marketingbudget dar, da weiterhin nicht unerhebliche Mittel für eine erfolgreiche Vermarktung, insbesondere von neu entwickelten Produkten, erforderlich waren. Aufgrund der Höhe der Vertriebskosten erfolgte ein kontinuierlicher Budgetabgleich. Die Betriebskosten, wie Aufwendungen für Mieten, Pachten, Energie und Instandhaltungen, waren in erwartetem Umfang angefallen und unterlagen ebenfalls einer permanenten Beobachtung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr T€ 53.028 (Vorjahr: T€ 50.855). Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus den erhöhten Ausgaben für Betriebskosten (T€ + 669) sowie Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten (T€ + 1.130). Im Rahmen der kontinuierlichen Überwachung des internen Kontrollsystems (IKS) wurde das Ausgabeverhalten des Konzerns anhand der Konzernenerlöse bemessen und steigerte sich im Laufe des Geschäftsjahres entsprechend der positiven Entwicklung der Erlöse.

Aufgrund der Steigerung in der Gesamtleistung und der proportional gestiegenen Kosten verbesserte sich die EBIT-Rendite leicht auf 15,40 % (Vorjahr: 14,87 %). Entsprechend bewegte sich die Umsatzrendite in Höhe von 11,33 % auf dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 11,07 %).

Aufgrund der gestiegenen Aufwendungen und der Verringerung der Umsatzerlöse konnte die EBIT-Prognose von 20 % aus dem Vorjahr nicht erreicht werden.

Insgesamt erzielte der Konzern einen Konzernjahresüberschuss in Höhe von T€ 17.994 (Vorjahr: T€ 17.974).

2.2 Finanzlage

Zur Darstellung der Finanzlage des Konzerns verweisen wir auf die als Teil des Konzernabschlusses vorliegende Konzernkapitalflussrechnung.

Danach wurden im Geschäftsjahr folgende Cashflows generiert:

Angaben in T€	2025	2024
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	11.079	11.326
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-4.460	-6.668
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.861	-4.816

Der Zufluss der liquiden Mittel aus der laufenden Geschäftstätigkeit verringerte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um T€ 248 auf T€ 11.079. Der operative Cashflow erzielte in der Summe zwar ein ähnliches Ergebnis wie 2024, zeigte innerhalb der Kennzahl jedoch einige Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr. Während im Berichtsjahr die Verbindlichkeiten zum Vorjahr um T€ 1.427 gestiegen waren, minderten sich diese im Vergleich zum Jahr 2024 um T€ 6.026. Dies erhöhte den operativen Cashflow im Vergleich zum Jahr 2023 um T€ 7.453. Gemindert wurde der operative Cashflow durch eine Abnahme des Rückstellungssaldo (T€ -2.548) sowie eine stärkere Zunahme im Vorratsvermögen im Vergleich zum Vorjahr (T€ -4.447). Ebenso verringerte sich das Abschreibungsvolumen um T€ 872.

Das Periodenergebnis in Höhe T€ 17.994 bewegte sich auf dem Niveau des Vorjahres (T€ 17.974).

Der Bestand der immateriellen Vermögensgegenstände verringerte sich im Geschäftsjahr um T€ 1.146. Den getätigten Investitionen in Höhe von T€ 118 standen Abschreibungen für die bei der Kaufpreisallokation entstandenen Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 1.194 sowie die üblichen Abschreibungen in Höhe von T€ 70 entgegen.

Ein Investitionsschwerpunkt im Sachanlagevermögen lag im Geschäftsjahr in den Abschlussarbeiten zur Erstellung des seit 2024 im Bau befindlichen Verwaltungsgebäudes, dessen Außenanlagen sowie der Einbindung in die Unternehmensinfrastruktur. In diesem Zusammenhang wurden weitere T€ 852 investiert.

Die Investition in technische Anlagen und Maschinen beliefen sich auf T€ 1.484 (Vorjahr T€ 2.728). Für die Modernisierung und den verbesserten Schutz der IT-Infrastruktur wurden T€ 413 und für den Aufbau sowie die Modernisierung weiterer bzw. bestehender Arbeitsplätze T€ 142 aufgewendet. Für die Anschaffung nachhaltiger Vermögensgegenstände wie Elektrofahrzeuge, Photovoltaikanlagen und alternative Heizformen wurden im Berichtsjahr T€ 425 eingesetzt. Zur Förderung der E-Mobilität wurden 18 weitere Wallboxen installiert. Zum Stichtag des Berichtsjahres konnte der Konzern auf 1,6 Megawatt-Peak installierte Photovoltaikleistung zurückgreifen. Mit den betriebenen Anlagen konnten im Berichtsjahr 1.492 Megawattstunden Strom erzeugt werden. Parallel wurde durch die Implementierung eines Energiemanagementsystems daran gearbeitet, den Energiebedarf insgesamt zu reduzieren. Die Investition in regenerative Energien resultiert aus einem eigens aufgelegten, umfangreichen Maßnahmenplan zur Verbesserung des Umweltschutzes.

Aufgrund der moderaten Investitionstätigkeit und eines gleichbleibenden Mittelzuflusses aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich der Bestand an liquiden Mitteln von T€ 46.257 auf T€ 49.015.

Für kurzfristige Liquiditätsengpässe standen Kreditlinien im einstelligen Millionenbereich zur Verfügung. Diese wurden im Berichtsjahr nicht in Anspruch genommen.

2.3 Vermögenslage

Angaben in T€	2025		2024	
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.782	5,3%	9.928	6,5 %
Sachanlagen	40.516	24,5%	39.841	26,3 %
Finanzanlagen	664	0,4%	359	0,2 %
Vorräte	40.697	24,6%	30.571	20,2 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.167	14,6%	23.546	15,5 %
Liquide Mittel	49.016	29,7%	46.257	30,5 %
Rechnungsabgrenzungsposten	1.273	0,9%	1.240	0,8 %
Aktive latente Steuern	2	0,0%	2	0,0 %
Summe Aktiva	165.117	100,0%	151.744	100,0 %

Angaben in T€	2025		2024	
Eigenkapital	153.289	92,8%	139.155	91,7 %
Rückstellungen	6.833	4,1%	9.019	5,9 %
Verbindlichkeiten	4.952	3,0%	3.526	2,3 %
Passive latente Steuern	43	0,1%	44	0,1 %
Summe Passiva	165.117	100,00%	151.744	100,0 %

Die deutliche Abnahme der immateriellen Vermögensgegenstände ist, wie bereits in der Ertragslage beschrieben, auf die Abschreibung der in der Kaufpreisallokation ermittelten Vermögenswerte auf Konzernebene zurückzuführen. Die Vermögensgegenstände aus der Kaufpreisallokation werden planmäßig über fünf bzw. zehn Jahre abgeschrieben. Sie stellen den Hauptanteil in der Vermögensposition dar.

Das Sachanlagevermögen erhöhte sich im Berichtszeitraum aufgrund der getätigten Investitionen von T€ 39.841 auf T€ 40.516. Gemessen am Gesamtvermögen hat sich das Verhältnis der langfristigen Vermögensgegenstände um 2,9 Prozentpunkte auf 30,2 % (Vorjahr: 33,1 %) verringert.

Als Finanzanlagen werden im Wesentlichen die Beteiligungen an den nicht konsolidierten Konzernunternehmen erfasst sowie Ausleihungen gegenüber diesen.

Aufgrund der bestehenden Bevorratungsstrategie, welche deutlich höhere Sicherheitsbestände vorsieht, sowie geringerer Absätze erhöhte sich im Geschäftsjahr das Vorratsvermögen des Konzerns um T€ 10.126 auf T€ 40.697.

Der Bestand der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bewegte sich zum Bilanzstichtag auf dem Niveau des Vorjahres. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 20.525 verteilen sich zu 44 % auf das Inland (Vorjahr: 45 %) und zu 56 % auf das Ausland (Vorjahr: 55 %).

Der Bestand der liquiden Mittel erhöhte sich zum Ende des Geschäftsjahres um T€ 2.758 auf T€ 49.016. Die überschüssige Liquidität wurde im Rahmen eines Cash-Pools zusammengeführt und in kurzfristige Termingelder angelegt.

Die konstante Betriebsleistung, die verringerten Abschreibungen sowie die moderat gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen trugen dazu bei, einen Konzernjahresüberschuss in Höhe von T€ 17.993 (Vorjahr: T€ 17.974) auf Vorjahresniveau zu erzielen. Dadurch konnte das Eigenkapital des Konzerns von T€ 139.155 auf T€ 153.289 erhöht werden. Laut Satzung der Konzernmutter wurden 50 % des Jahresüberschusses 2025 (T€ 9.585.469,03) in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Des Weiteren wurden aus dem Bilanzgewinn 2024 weitere T€ 5.789 in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Die Rückstellungen des Konzerns sind geprägt durch hohe Rückstellungen aus personalbezogenen Kosten (T€ 4.872), noch nicht abgerechneten Dienstleistungen (T€ 966) und Steuerrückstellungen (T€ 412).

Die Verbindlichkeiten beinhalten Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 2.488) sowie sonstige Verbindlichkeiten (T€ 2.464). In den sonstigen Verbindlichkeiten sind unter anderem steuerliche Verpflichtungen für das Jahr 2024 in Höhe von T€ 2.268 enthalten.

2.4 Human Relations

Trotz einer gesamtwirtschaftlichen Abkühlung war der Arbeitsmarkt für G. Pohl-Boskamp weiterhin herausfordernd. Einerseits hält der allgemeine Arbeitsmarkttrend einer steigenden Wechselbereitschaft von Arbeitnehmern an. Andererseits üben die drei Universitätsstädte Schleswig-Holstein und die Metropolregion Hamburg gerade für junge Talente weiterhin eine deutliche Anziehungskraft aus. Der allgemeinen Unternehmensstrategie folgend ist der Personalbestand in 2025 abermals um gut 10 % gestiegen.

Ein wichtiger Baustein der Personalgewinnung bleibt die Ausbildung des eigenen Nachwuchses. Trainee-Programme und Bachelor- und Masterpraktika sorgen dafür, dass Young Professionals aus den unterschiedlichsten Bereichen, wie z. B. Technik, IT, Naturwissenschaften, Logistik, Vertrieb oder kaufmännische Verwaltung, auf den Konzern als Arbeitgeber aufmerksam werden. Im Bereich der dualen Ausbildung wird über knapp zehn unterschiedliche Ausbildungswege die Vielfältigkeit der Arbeitsbereiche im Konzern deutlich. Die Ausbildungsberufe decken dabei kaufmännische, technische, gewerbliche sowie informations- oder naturwissenschaftlich-technische Bereiche ab. Über Schulkooperationen werden Praktika, Bewerbertrainings, Unterrichtsbegleitung und mehr angeboten, was das Image als attraktiver Ausbildungsbetrieb und Arbeitgeber der Region stärkt.

Die unternehmenseigene Akademie bildet das Rückgrat der Fort- und Weiterbildung. Das Angebot wird kontinuierlich weiterentwickelt und ausgebaut.

	4. Quartal 2024	1. Quartal 2025	2. Quartal 2025	3. Quartal 2025	4. Quartal 2025
Ø Anzahl Mitarbeiter	660	670	691	722	724
Δ zum Vorquartal	0	10	21	31	2

3 Prognosebericht

Wie 2024 prognostiziert, konnten die starken Wachstumsraten des Gesamtmarktes im Segment der Erkältungspräparate nach der Rallye der letzten Berichtsjahre nicht gehalten werden. Die Gesamtmarktentwicklung des Berichtsjahres war insgesamt negativ. Auch im Geschäftsjahr 2026 wird keine deutliche Markterholung erwartet. Die Gründe für eine rückläufige Bewegung beziehungsweise Seitwärtsbewegung sind vielfältig. Einerseits war die Erkältungswelle weniger stark ausgeprägt, andererseits sind die Umsätze im Gesamtmarkt in Teilen gestiegen. Dieser erkennbare Preissteigerungseffekt führt wiederum zu der Annahme, dass die Endverbraucher im Bereich der Selbstmedikation ihr Kaufverhalten geändert haben könnten. Die deutlich gestiegenen Verbraucherpreise, insbesondere die Energiepreise, könnten dazu geführt haben, dass Erkrankte die deutlich günstigeren nicht apothekenpflichtigen Erkältungspräparate aus Drogerien oder Supermärkten beziehen. Auch die stetig wachsenden Umsätze und Absätze im OTC-Versandhandel, welche mit deutlich niedrigeren Preisen werben, stützen die These, dass Endverbraucher kostenbewusster einkaufen. Für das Geschäftsjahr 2026 wird mit einem weiteren Rückgang der Konzernumsatzerlöse zu rechnen sein.

Dennoch kann weiterhin für die erwartete Entwicklung in den Bereichen der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage gewährleistet werden, dass allen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen werden kann. Demzufolge ist ein positiver Geschäftsverlauf mit zwar gesunkenen Renditen, jedoch mit einer EBIT-Marge von rd. 7,5 % zu rechnen.

Die Investition in Projekte im Bereich digitaler Gesundheitsanwendungen (DiGA) eröffnet dem Konzern die Möglichkeit, den digitalen Medizinproduktemarkt weiter zu erschließen. Der Vertrieb der bestehenden DiGA sowie die Neuentwicklung eigener Applikationen sollen zu einer Steigerung des Umsatzes beitragen.

Um sämtlichen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, werden Liquiditätsreserven in Form von zeitlich gestaffelten Termingeldern, einem engmaschig kontrollierten Cash-Management sowie Kreditlinien bei mehreren Kreditinstituten herangezogen.

Unter Betrachtung der Kontrollmechanismen, den großen Liquiditätsreserven und den Möglichkeiten am Kapitalmarkt kann davon ausgegangen werden, dass der Konzern auch in den Folgejahren allen Zahlungsverpflichtungen eigenmächtig nachkommen kann.

4 Chancen- und Risikobericht

4.1 Risikomanagement

Zur Risikovermeidung, -minderung, oder -kompensation werden im Rahmen des Risikomanagements alle Geschäftsvorfälle auf mögliche Risiken überprüft. Die Unternehmensführung wird weitreichend und regelmäßig über die Entwicklung und die aktuelle Lage des Konzerns informiert. Dies geschieht unter anderem durch ein umfassendes Berichtswesen. Ebenso ermöglichen die operative Überwachung des Unternehmens und ein Planabgleich eine Risikofrüherkennung. Zur Unterstützung des Risikomanagements wurde ein Business-Intelligence-Tool (BI-Tool) implementiert. Dieses System basiert auf einem Selfservice-Ansatz. Mithilfe dieser Softwarelösung können die zuständigen Mitarbeitenden in eigener Verantwortung die aktuellen Kennzahlen in ihrem Verantwortungsbereich mit Zeitverzug von einem Tag überprüfen und die Risikofrüherkennung durchführen. Das BI-Tool wurde in den Bereichen Finanzen, Vertrieb, Herstellung, Beschaffung und Logistik etabliert. Zusätzlich zum Selfservice existiert ein übergeordnetes Berichtswesen. Im Rahmen dessen erfolgt die Übermittlung der Berichte aus dem Controlling an die entsprechenden Fachbereiche. Dies gewährleistet ein zusätzliches Maß an Sicherheit im Zusammenspiel mit dem Selfservice-Ansatz.

Es sollen nur angemessene und vertretbare Risiken im Rahmen der Kernkompetenz des Unternehmens eingegangen werden. Der weiteren Kontrolle dient die Liquiditätsplanung. Eine detaillierte 6-Wochen-Vorausschau und ein jahresübergreifender Investitionsplan bilden den Kern der stetigen Liquiditätsüberwachung. Kurzfristige Liquiditätsengpässe können mit ausreichenden Kreditlinien kompensiert werden.

Im Beschaffungsbereich wird auf ein breites Angebot von weltweiten Lieferanten zurückgegriffen, die einer transparenten und weitreichenden Auditierung sowie Zertifizierung unterliegen. So werden eine Risikoerkennung im Frühstadium und die Einleitung von notwendigen Gegenmaßnahmen garantiert. Weitere Mechanismen basieren auf bestehenden Führungs-, Organisations- und Berichtsstrukturen, um Risiken zeitnah und wirkungsvoll begegnen zu können.

4.2 Branchenspezifischer Chancen- und Risikobericht

Das größte Risiko wird von der Konzerngeschäftsleitung in der Bedrohung der IT-Sicherheit gesehen. Laut dem Bericht „Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2025“ war die Lage der IT-Sicherheit, wie bereits im Vorjahr, auf einem angespannten Niveau. Die Anzahl der deutschlandweit registrierten Angriffe, Vorfälle und Störungen konnte im Berichtszeitraum nicht reduziert werden. Bei der genaueren Betrachtung war zu erkennen, dass Angriffe vermehrt auf Unternehmen der Größenklasse der kleinen und mittleren Unternehmen ausgeführt wurden. Die Verlagerung ist auf fehlendes Wissen und fehlende Mittel im Bereich der IT-Sicherheit zurückzuführen. Dieser Umstand schützt jedoch keineswegs Unternehmen der größeren Klassen. Dies bestärkt nur den bisherigen Weg der Unternehmen, weiterhin an dem Schutz vor einer Kompromittierung beziehungsweise an der Backup-Strategie nach einem Schadensfall zu arbeiten. Durch die Implementierung der in der zweiten EU-Richtlinie zur Netzwerk- und Informationssicherheit (NIS-2) genannten Anforderungen sowie die angestrebte ISO 27001-Zertifizierung und diverse Awareness-Maßnahmen für die Mitarbeitenden, sollen die Schutzmechanismen weiter ausgebaut werden.

Gesundheitspolitische Risiken ergeben sich für den Konzern insbesondere aus fortbestehenden und möglichen weiteren Reformen zur Stabilisierung der Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung, unter anderem durch das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz und für das Jahr 2026 angekündigte Strukturreformvorschläge durch die „FinanzKommission Gesundheit“. Die Reformen können zu einem zusätzlichen Preis- und Kostendruck führen, der je nach Betroffenheit einer Nachjustierung des jeweiligen Preisregimes im SGB V zu weiteren Margenreduktionen in den Produktgruppen wie beispielsweise in den verschreibungspflichtigen Arzneimitteln oder den digitalen Gesundheitsanwendungen führen könnte.

Weitere Risiken bestehen in geopolitischen Handelsstörungen und regulatorischen Eingriffen wie der EU-Kommunalabwasserrichtlinie, durch zusätzliche finanzielle Belastungen und regulatorische Unsicherheiten im Zusammenhang mit der erweiterten Herstellerverantwortung. Chancen könnten sich aus dem Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen ergeben, das den Einsatz digitaler Versorgungslösungen sowie die Erhebung und Nutzung von Versorgungsdaten fördern soll. Auch der politische Fokus auf die Versorgungssicherheit von Arzneimitteln einschließlich dem ambitionierten Ziel der geostrategischen Unabhängigkeit sowie einem stärkeren Fokus auf resiliente Lieferketten bei versorgungskritischen Arzneimitteln könnte zu Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger und regionaler Produktion führen. Diese sind im Rahmen des Critical Medicine Acts auf EU-Ebene angekündigt und bieten die Chance, langfristig zu Wettbewerbsvorteilen zu führen. Weitere Entlastung und damit eine Chance für den Konzern dürfte die angekündigte Revision der Medical Device Regulation im Jahr 2026 bringen, die die regulatorischen Anforderungen bei den Medizinprodukten vereinfachen könnte. Hier ist beispielsweise mit geringeren Anforderungen zur Erbringung des Nachweises für Sicherheit und Leistung bezogen auf die klinischen Daten und reduzierten Gebühren für Kleinst- und kleine Unternehmen sowie eine reduzierte Überwachung durch die benannte Stelle zu rechnen.

Aufgrund der andauernden Belastung durch Bürokratie und der bislang kaum spürbaren Entlastung durch den dringend notwendigen Bürokratieabbau werden nach wie vor viel Kapazität und Investitionen in die Umsetzung von regulatorischen Anforderungen notwendig sein.

Dies wird auch das angekündigte EU-Pharmapaket einschließen, welches im Jahr 2026 final verabschiedet werden soll und durch eine neue Richtlinie (2023/0132 (COD)) und eine neue Verordnung (2023/0131 (COD)) eine vollständige Überarbeitung des bisherigen EU-Rechtsrahmens für Arzneimittel, insbesondere der bisherigen Richtlinie 2001/83/EG, enthalten wird.

Der Konzern prüft fortlaufend, ob eigene Produkte davon profitieren können.

Die geopolitischen Risiken, von denen der Konzern betroffen ist, beziehen sich hauptsächlich auf Konflikte in den Regionen, die den globalen Rohölmarkt und den damit zusammenhängen Liefer- und Verarbeitungsketten beeinflussen. Die daraus resultierenden Preissteigerungen werden die Energiekosten und Rohstoffpreise für die Herstellung der Produkte erhöhen. Ebenso werden die gestiegenen Treibstoffpreise Auswirkungen auf die Kosten des vergrößerten Fuhrparks haben. Für das Jahr 2026 bilden geschlossene Kontrakte und Maßnahmen zur Verringerung des Energieeinsatzes einen gewissen Puffer. Ein für das Unternehmen gefährdender Anstieg der Herstellungskosten wird nicht erwartet.

Ein weiteres Risiko stellt die Erschließung des Medizinproduktemarktes durch Drogerieketten dar. Die unklare Margenkalkulation, die Auswirkungen auf den stationären Apothekenmarkt sowie die Patientenrisiken werden hier als Aspekte gesehen. Die exponierte Marktstellung von großen Drogerieketten könnte einen erheblichen Margendruck auf die Hersteller und die lokalen Apotheken ausüben. Des Weiteren wird befürchtet, dass sich bei fehlender medizinischer Beratung Einnahmefehler der Patienten die Risiken für Patienten erhöhen und gleichzeitig die Reputation der Medizinprodukte darunter leiden könnte.

Chancen bieten sich dem Konzern aktuell durch das in 2023 etablierte Lieferengpassbekämpfungsgesetz, das im deutschen Gesundheitssystem mehrere Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung etablieren soll. Festbeträge und Rabattverträge werden für gewisse versorgungskritische Arzneimittel aufgehoben und Preissteigerungen werden unter bestimmten Voraussetzungen nach Jahren wieder im moderaten Maße zugelassen. Der Konzern prüft laufend, ob Produkte des eigenen Portfolios diese Anforderungen erfüllen und ob eine bessere Preisgestaltung möglich ist.

Das Risiko des Forderungsausfalls wird als stark erhöht angesehen. Durch den Wandel im Einkaufsverhalten von Patientinnen und Patienten mit starker Ausprägung zum Onlinehandel befinden sich mehr stationäre Apotheken in einem Absatzrisiko. Diese Risikoeinschätzung wird im Rahmen des Debitorenmanagements zu einer sehr engmaschigen Überwachung des Forderungsbestandes führen.

4.3 Chancen und Risiken im Investitions- und Finanzierungsbereich

Im Investitions- und Finanzierungsbereich sind keine signifikanten Risiken für die zukünftige Entwicklung des Konzerns erkennbar. Für kurzfristige Spitzen stehen ausreichende Kreditlinien bei verschiedenen Banken zur Verfügung, mit denen ein partnerschaftliches Verhältnis besteht. Des Weiteren erlauben es die Eigenkapitalausstattung und der Cashflow, dass auch größere Investitionen aus dem laufenden Geschäft heraus finanziert werden können. Sollte eine Finanzierung aus dem Cashflow nicht möglich sein, besteht die Möglichkeit, ein mittelfristiges Hypothekendarlehen aufzunehmen.

Des Weiteren hat sich der Konzern im Bereich der Digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA) neu aufgestellt. Das neue Geschäftsumfeld, welches erstmals im Jahr 2020 in Kooperation mit einem legalen DiGA-Hersteller erschlossen wurde, wurde durch den Erwerb einer Beteiligung im Jahr 2023 an diesem vertieft. Die Entwicklung neuer Applikationen sowie die Weiterentwicklung bestehender Anwendungen zielt darauf ab, das Produktportfolio des Konzerns zu erweitern und Wachstumspotenziale in einem neuen Markt zu erschließen.

Der wenig energieintensive Geschäftszweig der DiGA stellt eine sinnvolle Ergänzung zum produzierenden Gewerbe dar und ermöglicht es dem Konzernunternehmen, sich breiter aufzustellen. Durch das im Juni 2022 eingeführte ERP-System, unterstützt durch eine Business-Intelligence-Software, werden dem Konzern umfassende Analysemöglichkeiten im Hinblick auf das Produktionsprogramm sowie weitere Prozesse im Primärprozess-Sektor bereitgestellt. Ziel ist eine optimierte Auslastung der Produktion. Die optimierte Datenverfügbarkeit erlaubt umfassende Analysen der Unternehmensabläufe.

Trotz der unsicheren gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland und den vorher genannten Risiken, blickt die Konzernleitung positiv in die Zukunft. Die erkannten Risiken werden im Rahmen des Risikomanagement bewertet und behandelt. Es werden weitere Investitionen in den Unternehmensstandort in Norddeutschland angestrebt, um das Fortbestehen des Unternehmens sicherzustellen.

4.4 Sonstige Risiken

Den volatilen Wechselkursentwicklungen wirkt das Konzernunternehmen mit Vertriebs- und Beschaffungsverträgen auf Euro-Basis entgegen. Das dadurch geringe Gesamtvolumen an Fremdwährungstransaktionen wird nicht durch Finanzmarktinstrumente abgesichert und stellt ein geringes Risiko für das Unternehmen dar.

Durch die Verschärfung des Konfliktes in der Region des Nahen Ostens ergibt sich für den Konzern ein direktes Umsatzrisiko. Die weitreichenden Angriffe des Irans auf die Staaten in der Golf-Region könnten sich schädlich auf die bestehenden Liefermöglichkeiten in die Region auswirken. Ebenso wird mit deutlich steigenden Frachtraten kalkuliert, welche die Margen negativ beeinflussen könnten. Die betroffenen Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 bis 2025 durchschnittlich auf T€ 4.700 pro Jahr.

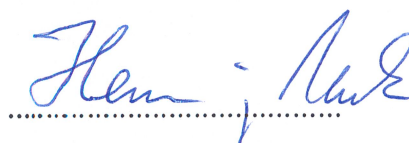
Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling

Ebenso wird erwartet, dass durch die Störung der Lieferketten und die volatilen Kursbewegungen des Rohöls Rohstoffe deutlich teurer und knapper werden könnten. Energieintensive Produkte wie Glas und Aluminium werden, so wie bereits im Jahr 2022, nur mit überproportionalen Teuerungsraten zu beschaffen sein.

Dägeling, den 3. Juli 2026



Marianne Boskamp



Dr. Henning Ueck

Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling

Rechtliche Verhältnisse

Satzung:	Fassung vom 14. April 2011, mit Änderungen vom 29. Juni 2011, 12. Juni 2013, 15. Juni 2016 und 30. Juni 2021.
Sitz:	Dägeling
Rechtsform:	AG
Handelsregister:	HRB 16076 PI beim Amtsgericht Pinneberg: Ausweislich des uns vorgelegten Handelsregistrauszugs vom 10. April 2026 erfolgte die letzte Eintragung am 20. Februar 2025 und betraf die Austragung der Prokura von Herrn Frank Siebert sowie die Eintragung der Prokura von Herrn Michael Eicke.
Gegenstand des Unternehmens:	Vertrieb, Import und Export von Pharmazeutika, Medizinprodukten, Kosmetika, chemischen Rohstoffen und Endprodukten sowie jeweils auf eigene Rechnung und im eigenen Namen, die Beteiligung an und Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, deren Gegenstand die Herstellung, der Vertrieb, der Import und Export von Pharmazeutika, Medizinprodukten, Kosmetika, chemischen Rohstoffen und Endprodukten ist. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind. Sie darf Zweigniederlassungen im In- und Ausland errichten, andere Unternehmen gründen, erwerben oder sich an diesen beteiligen sowie deren Geschäftsführung übernehmen und Unternehmensverträge abschließen.
Grundkapital:	Das voll eingezahlte Grundkapital beträgt zum Bilanzstichtag unverändert EUR 100.000,00 und setzt sich aus 100.000 nennbetragslosen Stückaktien zusammen.

Desmoid Aktiengesellschaft, Dägeling

Geschäftsführung: Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft. Als Vorstandsmitglieder sind bestellt:

- Frau Marianne Boskamp, Diplom-Betriebswirtin
- Herr Dr. Henning Ueck, Diplom-Chemiker

jeweils allein zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Prokuristen:

- Herr Henrik Hesse, Kiel
- Herr Michael Eicke, Hohenaspe (ab 20. Februar 2025)
- Herr Frank Siebert, Itzehoe (bis 20. Februar 2025)

Die erteilte Gesamtprokura beinhaltet das Recht, die Gesellschaft gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen zu vertreten.

Aufsichtsrat:

- Herr Norbert Klapszus, Jurist, Quickborn (Vorsitzender)
- Frau Dr. Ulrike Boskamp, Kunsthistorikerin, Berlin, stellvertretende Vorsitzende
- Herr Manfred Kowalewski, Bankbetriebswirt

Hauptversammlung: In der ordentlichen Hauptversammlung vom 14. August 2026 wurden folgende wesentliche Beschlüsse gefasst:

- Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024 und des gebilligten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2024 sowie des Konzernlageberichts und des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024
- Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats
- Wahl der ESC Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, zum gesetzlichen Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2025
- Beschluss, den Bilanzgewinn in Höhe von TEUR 9.648 zum 31. Dezember 2024 TEUR 5.789 in die Gewinnrücklagen einzustellen und TEUR 3.859 an die Aktionäre auszuschütten.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.